

Dem mittelständischen Handel eine Chance!



Ernst Pfister, MdL
Wirtschaftsminister
des Landes
Baden-Württemberg

Verehrte Frau Fritz, haben Sie herzlichen Dank für Ihre freundliche Begrüßung. Ihnen, meine Herren Präsidenten Schneider und Lenk danke ich ebenfalls. Ich begrüße natürlich auch ganz besonders meine Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete aus dem baden-württembergischen Landtag, liebe Frau Hagmann, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Dieses Handelsforum ist in der Zwischenzeit eine schon fast traditionsreiche Veranstaltung. Es ist eine Veranstaltung, die gewissermaßen rot in jedem Kalender jedes Jahr angestrichen sein muss. Das Handelsforum ist eine Veranstaltung, bei der Finanzdienstleister, Einzelhändler, aber auch Kommunalpolitiker, Bürgermeister, Landräte, Gemeinderäte, Ortschaftsräte, also alle diejenigen, die dazu beitragen können, dass Einzelhandel in der Zukunft eine Chance haben wird, sich mindestens einmal im Jahr treffen. Ich freue mich natürlich sehr, dass ich dabei sein kann, vor allen Dingen auch deshalb, weil das Thema „Regional ist genial“ auch die Möglichkeit gibt, es auf das Land Baden-Württemberg herunterzubrechen. Ich verweise auf eine aktuelle Studie von Ernst & Young. Dort wird festgestellt, dass 44% der befragten mittelständischen Unternehmen die regionalen Rahmenbedingungen in Baden-Württemberg als eher gut und weitere 39% mit gut beurteilen. Das bedeutet, 83% der Unternehmer sagen, dass sie die Standortbedingungen in Baden-Württemberg positiv bewerten. Das bedeutet weiter, dass der Mittelstand Baden-Württemberg die besten

Noten gibt, und zwar unter allen Bundesländern.

Meine Damen und Herren, es ist eine Binsenweisheit der Ökonomie, dass die Wirtschaftskraft eines Landes, auch die Arbeitslosigkeit und die Beschäftigung Gradmesser für die Leistungsfähigkeit, für die Qualität eines Wirtschaftslandes und der Wirtschaftspolitik sind. Ich will das einfach noch mal verdeutlichen, was ich gerade im Gespräch mit Frau Fritz kurz angedeutet habe. Die Ergebnisse in Baden-Württemberg – heute aktuell – sind gut und die Perspektiven für die Zukunft sind ebenfalls gut. Im Jahr 2007 hatten wir ein Wirtschaftswachstum von 2,8%, im Jahr 2006 waren es sogar 4,4%. Und auch wenn es wahr ist, dass es Dellen gibt: Energiepreisentwicklung, Bankenkrise, Dollarschwäche – das will ich im Einzelnen jetzt nicht mehr aufgreifen – zeigt sich, dass die baden-württembergische Wirtschaft trotz dieser Einschlüge von außen sich als außerordentlich robust darstellt. Robuster übrigens als die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Wenn Sie heute in den Nachrichten hören und in den Zeitungen lesen, dass die Bundespolitik ihre Erwartung für das Wirtschaftswachstum nach unten korrigiert hat, dann kann ich Ihnen auf der anderen Seite sagen, dass alles dafür spricht, dass auch in diesem Jahr 2008 das Wirtschaftswachstum in Baden-Württemberg eher bei 2,5 % als bei 2,0 % liegen wird. Also eine trotz allem sehr robuste Markt- und Wirtschaftslage, die sich übrigens auch an der Arbeitslosigkeit, besser

gesagt an der Beschäftigung des Landes Baden-Württemberg zeigt. Man möge sich nochmals vor Augen führen, noch im Jahr 2006 lag die Arbeitslosenquote bei 7,2 %. Heute, am Ende des Winters 2008 beträgt sie 4,3 %. Und was besonders erfreulich ist, eine Jugendarbeitslosenquote von nur 3,3 %. Es sind in dieser Zeit sage und schreibe 120.000 Arbeitsplätze entstanden.

Und dies alles macht deutlich, meine Damen und Herren, aber das wissen Sie auch, dass wir wirklich zu den starken, zu den wirtschaftsstarken, zu den wohlhabenden Regionen in Deutschland gehören und dass unsere Wirtschaftsstruktur von daher gesehen natürlich auch für den Einzelhandel günstig ist. Auch hier wenige Zahlen: Das verfügbare Einkommen je Einwohner liegt heute in Baden-Württemberg bei rund 20.000 €. Von diesen 20.000 € verfügbares Einkommen werden etwa 17.700 € für den Konsum ausgegeben. Wenn Sie das vergleichen mit anderen vergleichbaren Bundesländern, z. B. Bayern oder Hessen, dann sind die verfügbaren Einkommen und Konsumausgaben niedriger und das ist der Grund, weshalb hierzulande auch mehr gespart wird. So verwenden die Einwohner Baden-Württembergs nur 88,5% ihres verfügbaren Einkommens für den Konsum, die restlichen 11,5% werden gespart. Bei den anderen Bundesländern liegt diese Konsumquote über 90%. Dies bedeutet umgekehrt, meine Damen und Herren, dass die Spielräume in Baden-Württemberg größer sind durch attraktive Angebote, durch guten Service, die Konsumfreude und die der Verbraucher noch mehr zu wecken. Diese Spielräume sind in Baden-Württemberg größer, als dies in anderen Bundesländern der Fall ist.

Übrigens, auch unter demografischen Gesichtspunkten sind die Bedingungen für den Handel bei uns besser, als in anderen Bundesländern. Denn mit dem demografischen Wandel verbindet sich ja generell auch richtigerweise die Vorstellung einer schrumpfenden Bevölkerung mit entsprechenden negativen Folgen für Konsumnachfrage, für Einzelhandel. Diese Vorstellung trifft natürlich auch in den meisten Bundesländern zu, nicht aber für Baden-Württemberg. Baden-

Württemberg hat derzeit rund 10,7 Mio. Einwohner. Es gibt neueste Rechnungen des Statistischen Landesamtes; danach wird die Bevölkerungszahl bis zum Jahr 2011 nicht absinken, sondern sie wird weiter anwachsen auf etwa 10,8 Mio. Einwohner und danach wird es erst in Baden-Württemberg zu einem Bevölkerungsrückgang kommen, der jedoch relativ langsam verlaufen wird. Das heißt, erst im Jahr 2020 werden wir wieder das heutige Bevölkerungsniveau erreicht haben, dann allerdings geht die Bevölkerungszahl auch weiter zurück. Der Grund, meine Damen und Herren, für diese Entwicklung liegt eindeutig nicht so sehr in der positiven Geburtenrate, das muss man einfach der Ehrlichkeit halber sagen, sondern liegt vielmehr in der hohen Attraktivität unseres Landes als Wirtschafts- und Arbeitsstandort. Das heißt, Baden-Württemberg profitiert nach wie vor wie kein anderes Land von Zuwanderungen aus dem In- und Ausland.

Damit bleibt Baden-Württemberg auch in nächster Zukunft ein besonders attraktiver Handelsstandort und eine Stärke dieses mittelständigen Fachhandels in Baden-Württemberg ist sein Service. Guter Service setzt voraus, dass die Unternehmen über genügend gut ausgebildete Fachkräfte verfügen. Aber auch hier ist zu sagen, dass die Schulabgängerzahlen in den kommenden Jahren tendenziell natürlich absinken werden. Deshalb kommt es entscheidend darauf an, auch für die Unternehmen, dass sie rechtzeitig für ihren Nachwuchs sorgen, dass sie entsprechend ausbilden. Ich finde es eine enorme Kraftanstrengung, die die baden-württembergische Wirtschaft in Bezug auf Ausbildungsplätze im letzten Jahr hingelegt hat. Die Zahl der in Baden-Württemberg insgesamt neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge nahm im letzten Jahr um satte 10% zu. Das ist das beste Ausbildungsplatzergebnis seit 16 Jahren – seit 1992. Ein tolles Ergebnis, ein Ergebnis, das nur von einer einzigen Branche noch getoppt wird, nämlich vom Einzelhandel. Dieser hatte nicht nur ein Plus von 10%, dieser konnte ein Plus von sage und schreibe 17% vorweisen. Eine Steigerung von 17% – ein hervorragendes Spitzenergebnis, das beste Branchenergebnis überhaupt in Baden-Württemberg, zu

dem man nur gratulieren kann. Diese ausgezeichneten Lehrstellenergebnisse, gerade auch in Ihrer Branche, sind auch zurückzuführen auf die Ausbildungs offensive, die der Verband unter dem Stichwort „Helden des Handelns“ zusammen mit dem Wirtschaftsministerium durchgeführt hat. Es ist ganz offensichtlich dem Einzelhandelsverband gelungen, mit originellen, mit kreativen, mit neuen Ideen eine Kampagne auf den Weg zu bringen, um die Attraktivität der Einzelhandelsberufe besser zu vermitteln und noch mehr junge Menschen für eine Ausbildung im Einzelhandel zu begeistern.

Dazu nochmals Präsident Klenk, liebe Frau Hagmann, meinen herzlichen Glückwunsch, es hat wunderbar funktioniert!

Meine Damen und Herren, ich will über die Chancen des Mittelstandes und des mittelständischen Handels sprechen. Ich kenne keinen Politiker, egal ob er in der Kreisliga oder in der Champions League spielt, ob er grün, schwarz, rot, gelb oder wie auch immer angemalt ist, ich kenne keinen Politiker, der nicht mindestens einmal in der Woche, meistens am Sonntag, wie sich das gehört, das hohe Lied auf den Mittelstand singt. Und es ist ja auch absolut in Ordnung, das Wort von der Korsettstange der baden-württembergischen Wirtschaft, wenn man zum Beispiel weiß, dass 80% aller Ausbildungsplätze oder fast 70% aller Arbeitsplätze aus diesem Mittelstand kommen. Was nicht in Ordnung ist, ist die Tatsache, dass am Sonntag dieses hohe Lied gesungen wird und unter der Woche zum Teil aber massiv dagegen verstoßen wird.

Ich will drei Punkte nur kurz ansprechen und Ihnen in aller Deutlichkeit sagen, mit der gebotenen Zurückhaltung selbstverständlich, was mir nicht passt, auch was die Rahmenbedingungen in Berlin angeht. Der erste Punkt ist die Frage der Unternehmensteuer. Ich behaupte, meine Damen und Herren, dass diese Unternehmensteuerreform sich für die mittelständischen Unternehmen in Baden-Württemberg eher negativ auswirkt. Im Rahmen dieser Steuerreform wurde zum Beispiel die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer massiv erweitert. Ausgeweitet wurden die Hinzurech-

nungen zum Gewinn, wie zum Beispiel 65% der Miet- und der Pachtzahlung, ursprünglich waren es sogar 75%.

Meine Damen und Herren, ich war eigentlich immer der Meinung, dass wir mit der Abschaffung der Gewerbesteuer vor einiger Zeit das Thema Substanzbesteuerung in der Wirtschaft endgültig ad acta gelegt hätten. Was hier stattfindet, ist nichts anderes als ein Wiederaufleben der Substanzbesteuerung und ich behaupte, und das zeigen auch viele Untersuchungen, etwa des Deutschen Einzelhandelsverbandes, auch der IHK und des Dehoga-Hotel- und Gaststättenverbandes, dass durch diese neue Substanzbesteuerung auf viele Mittelständler eine erhebliche Steuer-mehrbelastung zukommt. Das gilt vor allem für solche Mittelständler, die relativ niedrige Erträge, aber hohe Mietkosten haben, also der Einzelhandel und das Gastgewerbe etwa. Durch die Existenzgefährdung dieser Betriebe droht die Gefahr, dass unsere Innenstädte viel von ihrer Attraktivität und Vitalität verlieren. Meine Damen und Herren, ein Beitrag zur Unterstützung des Mittelstandes ist diese neue Substanzbesteuerung mit Sicherheit nicht. Deshalb wäre ich dankbar, wenn wir im Zuge neuer Reformen zumindest diesen Giftzahn „Substanzbesteuerung“ so schnell wie möglich ziehen könnten.

Ich bin nicht zufrieden mit dem Gewürge, das nun schon über Monate und Jahre hinweg in Sachen Erbschaftsteuerreform zu besichtigen ist. Ich traue mir zu, meine Damen und Herren, ich traue mir eher zu, Ihnen die Lottozahlen für den kommenden Samstag vorauszusagen, das ist jedenfalls leichter, als von einem Betrieb zu verlangen, dass er für die nächsten 15 Jahre voraussagt, wie es mit diesem Betrieb weitergehen soll und dass er für die nächsten 10 Jahre voraussagt, wie es mit der Lohnsumme und den Beschäftigten ist. Meine Damen und Herren, in einer Zeit, wie dieser, in einer so schnelllebigen Zeit über 15 Jahre vorauszusagen, was mit dem Betrieb passiert, was mit dem Unternehmen passiert oder nicht passiert, das ist schlicht gesagt Unfug und geht jedenfalls an der Unternehmenswirklichkeit total vorbei. Auch hier hoffe ich sehr, dass der Einsatz

des Landes Baden-Württemberg im Bundesrat dazu führt, dass diese Zeitvorgaben, ebenfalls Giftzähne par excellence, zumindest noch in dieser Erbschaftsteuerdebatte gezogen werden. Im Übrigen sehe ich dieses Thema Erbschaftsteuer auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass allein in Baden-Württemberg in den nächsten fünf Jahren mindestens 60.000 Unternehmen vor der Frage stehen, wie geht es mit dem Unternehmen weiter. Seniorchefin, Seniorchef gehen in den verdienten Ruhestand und noch nicht ist klar, ob Sohn oder Tochter das Unternehmen übernehmen. 60.000 Betriebe, durch die Bank Mittelständler, übrigens auch viele Einzelhandelsbetriebe dabei, da geht es um 600.000 Arbeitsplätze. Und selbst wenn es so wäre, dass internationale Konzerne, Ketten, diese Einzelhandelsgeschäfte, diese Mittelständler übernehmen würden und auf bestimmte Zeit gewährleistet wäre, dass zumindest die Arbeitsplätze vorläufig gesichert wären, selbst dann könnte man nicht damit zufrieden sein, weil das natürlich ein Verlust baden-württembergischer Wirtschaftsidentität wäre.

Die Identität der baden-württembergischen Wirtschaft, Herr Schneider hat zu Recht darauf hingewiesen, besteht u. a. auch darin, dass wir Familienbetriebe haben. Immer dann, wenn die unternehmerische Verantwortung und das finanzielle Risiko in einer Hand liegen, dann können Sie davon ausgehen, dass Sie hier eine gute Triebkraft für dieses Unternehmen haben. Da stehen nicht kalte, anonyme Manager vorne dran, die man bei Misserfolg mit einer hohen Abfindung zum Golfspielen nach Mallorca schicken kann, sondern das sind Männer und Frauen, die mit ihrem Kapital haften, die sich voll einbringen, die mit Haut und Haar mit diesem Unternehmen verwurzelt sind. Ich behaupte, wenn Baden-Württemberg auch in der Zukunft wirtschaftspolitisch die Nummer eins sein will in Deutschland und auch in Europa, dann dürfen wir auf diese mittelständischen Familienbetriebe nicht verzichten. Deshalb sage ich Ihnen, muss dieser Gesichtspunkt auch unter dem Stichwort Erbschaftsteuerreform gesehen werden. Ich will jedenfalls, dass jungen Leuten in der Zukunft der Sprung in die Selbstständigkeit nicht erschwert, sondern erleichtert wird und

die Erbschaftsteuer muss dazu einen Betrag leisten. Im Übrigen mache ich keinen Hehl aus meiner Meinung. Wenn ich weiß, welch unglaublicher Verwaltungsaufwand gerade in diesem Bereich auf eine Reform der Erbschaftsteuer zukommen wird vor dem Hintergrund der vorzunehmenden Neubewertungen, wenn ich das weiß, dann komme ich zu dem Ergebnis, zumindest mittelfristig, lieber kurzfristig, wäre das einzig Richtige, das zu tun, was Österreicher und andere tun: nämlich die Erbschaftsteuer abzuschaffen. Ersatzlos abzuschaffen, übrigens auch vor dem Hintergrund, meine Damen und Herren, dass alles, was hier vererbt wird, mindestens schon drei oder vier oder zehnmal versteuert worden ist. Mir passt zweitens die Diskussion über das Thema Mindestlohn überhaupt nicht. Was muss eigentlich noch alles geschehen, meine Damen und Herren, dass auch der Letzte begreift, dass Mindestlohn ordnungspolitisch verfehlt ist. Das Berliner Verfassungsgericht sagt jetzt im Zusammenhang mit der Post, dass Mindestlöhne verfassungsfeindlich sind. Die sechs führenden Wirtschaftsinstitute sagen klar und deutlich, Mindestlöhne sind beschäftigungs- und sozialpolitisch ineffizient, ein ordnungspolitischer Irrweg. Sie sagen, dass die Beschäftigungschancen von Geringqualifizierten minimiert werden und sie sagen, dass die Tarifautonomie ausgehöhlt wird. Das sagt auch der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels, das sagt der Einzelhandelsverband Baden-Württemberg. Auch sie haben sich klar gegen die Aufnahme in das Arbeitnehmerentendegesetz, also gegen Mindestlöhne ausgesprochen. Und ich möchte Ihnen sagen, Herr Präsident, meine Damen und Herren, Sie haben hier nicht nur die volle Unterstützung des Landes Baden-Württemberg. Ich sage Ihnen auch, so lange es in diesem Land einen liberalen Wirtschaftsminister gibt, wird es aus Baden-Württemberg keine Unterstützung für diesen Unfug Mindestlohn geben.

Meine Damen und Herren, mittelständischer Handel, Chancen des Mittelstandes, das bedeutet auch, dass wir unsere Innenstädte als Handelsstandorte erhalten müssen. Denn nach wie vor ist die Innenstadt der Hauptstandort unseres Einzelhandels. Sie alle kennen

die Probleme, mit denen sich der innerstädtische Handel konfrontiert sieht. Klar ist, ein funktionsfähiges Stadtzentrum ist ohne Handel überhaupt nicht denkbar. Die Stadt braucht den Handel und der Handel braucht die Stadt. Und nur wenn der Kaufmann sich darauf verlassen kann, dass die kommunalen Rahmenbedingungen stimmen und diese auch noch morgen gelten, dann kann er seine Chancen wahrnehmen. Übrigens nur dann wird er auch investieren. Das ist verbunden mit dem Thema der Städtebausanierung im Land Baden-Württemberg. Wir sind das einzige Land, das in dieser Größenordnung Städtebausanierungsmaßnahmen durchführt. Und das seit vielen Jahren. Ich behaupte, es ist eines der besten Landesprogramme, die es überhaupt gibt. Übrigens auch aus konjunktureller Sicht, denn jeder Euro, den ich einer Stadt gebe als Mittel des Landes Baden-Württemberg, löst ein achtfaches Investitionsvolumen bei Privaten und bei der öffentlichen Hand aus. Aber es ist nicht nur ein Konjunkturprogramm, es ist vor allen Dingen ein Programm – und darauf legen wir Wert – mit dem wir die Zentren in unseren Städten und Gemeinden stärken können, mit dem wir starke Stadt- und Ortsteilzentren schaffen können. Ich glaube, dass diese Stadterneuerungen in Baden-Württemberg in der Zwischenzeit viel bewirkt haben, auch mit Blick auf den Einzelhandel, denn es gibt in der Zwischenzeit viele zahlreiche Beispiele dafür, wie die Attraktivität der Innenstädte mit Hilfe der Stadterneuerung erfolgreich gesteigert worden ist und damit auch der innerstädtische Einzelhandel entsprechend gestärkt werden konnte. Dieses Thema der Zentren unserer Städte, Gemeinden, das ist für mich eines der zentralen Handlungsfelder, auch für die Zukunft. Das müssen wir noch intensiver vorantreiben, raumordnerische Beurteilung von Einzelhandelsvorhaben auf der einen Seite, aber dann auch den Einsatz der notwendigen Steuerungsinstrumente, um diese Stadterneuerung voranzubringen. Ich bin zurzeit der Vorsitzende der Ministerkonferenz für Raumordnung. Wir werden noch im April genau dieses Thema „Bedeutung des Einzelhandels für die Innenstädte“ in dieser Bund-Länder-Ministerkonferenz auf der Tagesordnung haben. Mir geht es einfach darum, auch

auf diesem Wege noch einmal darauf aufmerksam zu machen, welche raumordnerischen Steuerungsmöglichkeiten von Ansiedlungen im Einzelhandel notwendig sind, damit wir die Nutzungsvielfalt dieser Zentren bestätigen und weiter entwickeln können. Es geht darum, dass konkrete Aufgabenschwerpunkte weiter benannt werden: die Sicherstellung der Versorgung in Städten und Gemeinden; die Städtebauförderung habe ich genannt als wirksames Instrument; den Einzelhandelserlass, der uns nach wie vor ein Instrument in die Hand gibt, um zu verhindern, dass unnötigerweise eine Abwanderung auf die grüne Wiese stattfindet; Stadtmarketing-Kongresse, die wir regelmäßig miteinander durchführen; natürlich auch die Mittelstandsfördermaßnahmen im finanziellen Bereich, zusammen mit den Sparkassen, wenn es um Kredite geht, wenn es um Bürgschaften geht, wenn es um stille Beteiligungen oder andere Dinge geht, da sind wir ja nun ganz hervorragend aufgestellt, haben zusammen mit unserer L-Bank, mit anderen, ich will ausdrücklich die Sparkassen erwähnen, auch hervorragende Partner.

Meine Damen und Herren, allein im letzten Jahr ist es gelungen, mit dem Einsatz von mehr als 2 Mrd. Euro zu neuen Existenzen zu kommen, zu 120.000 neuen Arbeitsplätzen zu kommen und dabei ein Investitionsvolumen von mehr als 3 Mrd. Euro auf den Markt zu bringen. Dies alles funktioniert prima. Ich will mich darum bemühen, jetzt auch in dieser Bund-Länder-Kommission diese Instrumente noch zu verschärfen und das Thema Unternehmensnachfolge im Fachhandel, das ich bereits angesprochen habe. Dann die Sicherung der Nahversorgung als ganz entscheidendes Ziel. Nach wie vor treten in kleinen Gemeinden immer noch Nahversorgungsprobleme auf. Ich habe den Eindruck, es ist besser geworden. Tragfähige Lösungen können natürlich nicht am Grünen Tisch der Politik in Stuttgart oder in Berlin entwickelt werden, sondern nur vor Ort. Deshalb müssen die Rahmenbedingungen stimmen, aber die Hauptarbeit bleibt natürlich bei den Kommunen und bleibt auch bei den Unternehmern selbst. Sie müssen die Initiative ergreifen und natürlich ist der Verbraucher auch gefragt.

Er hat es doch letztendlich in der Hand, durch sein Verhalten dazu beizutragen, dass eine entsprechende Nahversorgung in seiner Gemeinde gesichert ist.

Ich weiß, meine Damen und Herren, aus eigener persönlicher Beobachtung und aus vielen Gesprächen, diese mittelständischen Unternehmen, auf die das hohe Lied so oft gesungen wird, ich sage noch einmal, zu Recht gesungen wird, die schaffen es durchaus, sich auch in schwierigen konjunkturellen und strukturellen Zeiten mit Erfolg im Wettbewerb zu behaupten. Wie erfolgreich mittelständische Einzelhändler dies können, das zeigt eben auch der Wettbewerb um den Zukunftspreis Handel Baden-Württemberg, den der Einzelhandelsverband Baden-Württemberg und der Sparkassenverband Baden-Württemberg vergeben. Das heutige Handelsforum 2008 ist ein Jour Fixe für alle diejenigen, die über und für den Handel, den Einzelhandel, den Handel insgesamt in Baden-Württemberg streiten wollen. Der Wirtschaftsminister, lassen Sie mich das sagen, die Landesregierung insgesamt, hat die Bedeutung von Einzelhandel und Handel für unser Land natürlich erkannt. Und glauben Sie mir, wir bleiben im Gespräch. Ich tue, zusammen mit meinen Kollegen, was wir tun können. Ich habe gerne die Schirmherrschaft übernommen und wünsche jetzt diesem Handelsforum 2008 einen guten Erfolg und gute Gespräche.

Wir sehen uns bald wieder – herzlichen Dank!